



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. März 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 15 der Tagesordnung: Warnhinweise für die Eingänge zur U-Strab

Antrag: KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2024/0091

Punkt 15.1 der Tagesordnung: Anbringung eines umfassenden Beschilderungssystems im Karlsruher Stadtbahntunnel für den Not- und Katastrophenfall

Änderungsantrag: FDP

Vorlage: 2024/0091/1

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

TOP 15.1: Mehrheitliche Zustimmung (41 JA, 1 Enthaltung)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 5. März 2024; verwiesen aus der Gemeinderatsitzung vom 20. Februar 2024.

Stadtrat Braun (KAL/Die PARTEI): Als ich das erste Mal durch die U-Bahn-Stationen spazierte, habe ich mich nicht wie in einer öffentlichen Verkehrsanlage gefühlt, sondern vielmehr wie in einem Albtraum aus einem expressionistischen Horrorfilm oder eines psychodelischen Drogentrips. Statt hellem Sonnenschein und bunten Regenbögen begegnet man hier Totenköpfen.

(Zuruf)

- Darf ich ausreden? Vielen Dank, Kollege.

Statt hellem Sonnenschein und bunten Regenbögen begegnet man hier Totenköpfen, Blut, abgetrennten Körperteilen und in verstörender Art und Weise dargestellter Nacktheit. Wir schlagen deshalb vor, dass Warnhinweise an den Eingängen dieser Haltestellen angebracht werden, um diejenigen zu warnen, die diesen Weg tatsächlich gehen wollen: „Vorsicht,

Betreten auf eigene Verantwortung. Die Kunst könnte dazu führen, Ihre eigene Existenz existenziell zu hinterfragen.“ Oder: „Achtung, diese Haltestelle könnte Ihre Vorstellung von Realität und Altraum miteinander verschmelzen lassen“. Oder vielleicht sogar: „Betreten auf eigene Verstörung“, könnten passende Hinweise sein. Klar ist, selbst der beste Psychotherapeut hätte beim Anblick dieser Kunst Schwierigkeiten, die tieferen Botschaften zu entschlüsseln. Den Karlsruherinnen und Karlsruhern muten wir das allerdings zu. Aber unsere Sorgen betreffen nicht nur die Zartbesaiteten und Hochsensiblen, Herr Kollege, sondern genauso unsere unschuldigen Kinder und Jugendliche, die nichts ahnend in diese Unterwelt hinabsteigen. Sie werden hier mit Bildern von Blut und Verstümmelung konfrontiert, bevor sie überhaupt alt genug sind, um Horrorfilme zu sehen, ganz zu schweigen von den Menschen, die bereits Opfer von Verbrechen wurden, Menschen, die vor Krieg flüchten etc. Deshalb müssen wir diese Menschen aus unserer Sicht vor diesen Werken schützen. Das tun wir, indem wir Kinder und Jugendliche die Haltestellen nicht länger ohne Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten betreten lassen und gleichzeitig bei der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz beantragen, dass sämtliche Genesis-Werke in eine Liste jugendgefährdender Medien, die sie zweifelsohne sind, aufgenommen werden. Schließlich möchten wir von der Partei Die PARTEI nicht, dass unsere zukünftigen Generationen mit Albträumen und einer ungesunden Faszination für anatomische Unregelmäßigkeiten aufwachsen. Die U-Strab ist ein Transportmittel, und das sollte sie auch bleiben. Viele Menschen fühlen sich in ihren Haltestellen ohnehin oft nicht sicher. Stattdessen sollte sie ein Ort sein, an dem unsere Bürgerinnen und Bürger sicher reisen können, ohne Gefahr in die dunklen Abgründe der menschlichen Psyche zu stolpern. Außerdem konnte ich bereits selbst Zeuge davon werden, wie die Gruselfiguren in der Nacht zum Leben erwachen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Als ich den Bericht zu diesem Antrag gelesen habe und auch jetzt wieder, musste ich schon sehr lachen. Ich habe mich auch gefreut, dass Sie endlich wieder aktiv sind. Ich hätte mir davon in den letzten Jahren mehr gewünscht. Sie haben noch ein paar Monate Zeit. Vielleicht bringen Sie mich und auch andere hier noch mal zum Lachen, das tut gut. Politische Satire, wenn gut gemacht, zeigt auch auf das eine oder andere Wündchen oder zumindest auf das eine oder andere Thema. Zum Glück ist unser Tunnel gut fast bis hin zu grell beleuchtet, sonst wäre ich da vielleicht auch schon mal der einen oder anderen Gruselgestalt da unten davongelaufen. Aber Spaß beiseite, Sie merken, ich selber sollte mich nicht in politischer Satire versuchen, vor allem nicht in vorgelesener.

Bevor ich jetzt lieber meinen Mund halte, liebe Kolleg*innen, noch eine kurze Bemerkung zu den Schildern. Auch wir waren bezüglich der Beschilderung schon aktiv, und wir freuen uns, dass sie nun raschestmöglich endlich auf den Weg gebracht wird.

Stadtrat Hofmann (CDU): Lieber Max Braun, ich habe schon im Hauptausschuss das Gleiche gesagt, über Kunst kann man streiten, das kann man über Satire auch. Grundsätzlich, denke ich, ist Lachen gesund, wie Kollegin Fahringer schon gesagt hat. Von daher, wenn es gute Satire ist, dann denke ich, dann nehmen wir die auch gerne an. Allerdings muss man auch immer in Betracht ziehen, was Satire in einer Art und Weise auch mit denjenigen macht, die sehr viel Geld gesammelt haben, um das, was sie als Kunst empfinden, dort auch zu präsentieren. Von daher denke ich schon, sollte man sich im Vorfeld Gedanken machen.

Ebenfalls, wie Kollegin Fahringer gesagt hat, hätte ich mir im Vorfeld mehr Aktivität auch von Ihnen gewünscht. Dass dieser Antrag jetzt kommt, gut zehn Wochen vor der

Kommunalwahl und direkt und nach Ihrer Listenaufstellung, das ist natürlich legitim, denn wir machen Wahlkampf vor der Kommunalwahl. Das ist natürlich legitim, um Aufmerksamkeit zu bekommen. Aber wie gesagt, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie anstatt von den 53 Sitzungen, die hier stattgefunden haben, nur aber an 26 teilnahmen, wie auch in der BNN zu lesen war, oder dass Sie mal in dem einen oder anderen Ausschuss auch da gewesen wären und uns vielleicht erheitert hätten. Das wäre schon deutlich schöner gewesen, wie uns jetzt nach dem Hauptausschuss, wo wir uns den Vortrag schon haben anhören dürfen, hier eben noch mal zu präsentieren.

Stadtrat Zeh (SPD): Der FDP-Antrag wird erledigt. Das ist auch gut so mit neuen Schildern.

Kurz und knapp zu der Partei Die-PARTEI-Antrag. Sie berufen sich auf Jugendmedienschutzvertrag, aber lesen Sie lieber mal Grundgesetz § 5 Abs. 3, Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Das wäre natürlich der höherwertige Rechtsartikel. Letztendlich aber, genau wie Kollege Hofmann auch gesagt hat, war Sinn und Zweck, zu sagen, Die PARTEI ist wieder auferstanden. Jetzt müssen Sie erfolgreiche Kommunalpolitik machen. Das war Sinn und Zweck. BNN ist voll drauf gefahren mit drei Artikeln. Das war wohl ausreichend. Der Antrag ist erledigt für uns.

Stadtrat Hock (FDP): Es wurde jetzt gerade viel von Satire und allem gesprochen. Ich versuche mitzulachen, es fällt mir etwas schwer. Unser Antrag sagt aus, dass wir die Punkte 1, 2 und 3 des Antrags Warnhinweise für die Eingänge zur U-Strab gerne ersetzt haben möchten durch schnellstmögliche Anbringung eines Beschilderungssystems und entsprechender Markierungen im Stadtbahntunnel hinsichtlich einer erleichterten und orientierenden Ortung und Auffindbarkeit von Personen im Not- und Katastrophenfall. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich höre, dass alle das gut finden und alle auch dahinterstehen, dann finde ich das auch gut. Deshalb werden wir unseren Antrag auch aufrechterhalten und würden gerne darüber abstimmen lassen. Ich habe gelesen, dass das jetzt alles kommen soll. Da hat man uns aber schon längere Zeit darauf hingewiesen. Deshalb würden wir es jetzt einfach nochmal befeuern, weil der Antrag ist für die Menschen, die in einem Notfall im Tunnel auf der Liege dann liegen müssen, wichtig, dass das auch schnell erreichbar ist. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir diesen Antrag auch aufrechterhalten, um etwas mehr Ernsthaftigkeit in diesem Rat wieder auf den Weg zu bringen.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Wir Freien Wähler| FÜR Karlsruhe nehmen prinzipiell jeden Antrag ernst, und wir können auch das Begehren der Antragsteller von der Partei Die PARTEI absolut nachvollziehen. Kunst im öffentlichen Raum ist ein hochsensibles Thema. Das erleben wir immer wieder mit den Kollegen der Kunstkommission. Sie kann anregend und filigran oder aufregend und brachial sein. Letztendlich ist sie auch eine Geschmacksfrage. Spannend finde ich in diesem Zusammenhang, dass in der Vergangenheit die Kollegen von den GRÜNEN sich gerne über nackte Brüste in der Werbung aufregen, die Kollegen von den LINKEN gerne nackte Brüste im Freibad haben und die Kollegen von der Partei Die PARTEI jetzt sich über Nacktheit im U-Bahn-Tunnel aufregen. Nichtsdestotrotz müssen wir natürlich auf das Wohlbefinden der Kinder eingehen, und ich kann eigentlich nur jedem von Ihnen raten, gehen Sie doch mal in der großen Pause in so eine Grundschule. Wahrscheinlich in diesem Plenum sind es eher die Enkelkinder, die diese besuchen und nicht die eigenen Kinder. Was Sie da zu sehen und zu hören bekommen, da sind diese Kunstwerke in der U-Bahn Comicbildchen dagegen, kann ich Ihnen wirklich bestätigen.

Nichtsdestotrotz, Kollege Max Braun, ich erinnere mich, ganz zu Anfang dieser Gemeinderatsperiode haben Sie einen Antrag auf öffentliche Bierbrunnen eingebracht im öffentlichen Raum. Da frage ich mich, warum Sie damals nicht an den Jugendschutz und an den Schutz der Kinder gedacht haben, weil die wären dann auch für kleine Kinder frei zugänglich gewesen. Leider hat es die Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt. Ich glaube, wir hatten einen Ergänzungsantrag, dass wir lieber Prosecco-Brunnen hätten statt Bierbrunnen.

Ich komme noch zum Antrag der FDP, den unterstützen wir natürlich gerne und mit Nachdruck, und wir bedauern auch in der Antwort der Verwaltung, dass aus Ressourcengründen es bisher noch nicht möglich war, diese Schilder anzubringen. Ich kann mir jetzt nicht vorstellen, dass das so große Ressourcen sind, ein paar Hinweisschilder oder um die Haltestellen zu benennen, dass die Rettungsteams auch an der richtigen Stelle eintreffen. Aus den vorgenannten Gründen müssen wir den Antrag von der Partei Die PARTEI und der KAL leider ablehnen. Den FDP-Antrag unterstützen wir sehr gerne.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE.): Ich hätte noch drei Anmerkungen. Zum einen finde ich natürlich schön, dass Sie Tim Burtons Meisterwerk Nightmare Before Christmas erwähnt haben, aber selbst da dürfen Kinder über 6 Jahre zumindest reingehen. Ich glaube, es ist auch kein Horrorfilm. Ich glaube, dann bewegen wir uns doch auf einem ähnlichen Niveau. Das Zweite, es ist tatsächlich ganz schön, dass wir über Lüpertz' Kunst diskutieren. Das werden wir in ein paar Jahren dann vielleicht wieder tun, wenn es so weit ist. Da hat der Antrag wahrscheinlich seinen Zweck erfüllt. Und das Dritte ist, als Sie geschrieben haben, dass Sie Warnschilder wollen für explizite Darstellung von psychischer und physischer Gewalt, da musste ich kurz überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, manchmal in der Gemeinderatssitzung einen Warnhinweis dranzubringen. Das wäre vielleicht auch noch mal ganz schön, und ansonsten ist, glaube ich, Ziel des Antrags sicherlich erfüllt.

Stadtrat Schnell (AfD): Dieser Antrag ist lächerlich und zudem für die Antragsteller peinlich. Kinder und Jugendlichen drohen in diesem Land ganz andere Gefahren, wie etwa die zunehmende Gewalt an Schulen. Es stand in dem BNN, an ihnen gab es 2022 allein in Baden-Württemberg 2.243 Gewaltvorfälle, Tendenz in 2023 eine weitere drastische Zunahme. Die Ursachen dafür liegen auf der Hand, doch werden sie insbesondere auf der linken Seite dieses Gremiums ignoriert, und wer sie dennoch benennt, dem wird Hass und Hetze vorgeworfen, aber Probleme lösen sich nun mal nicht dadurch, dass man dazu schweigt. Und ganz aktuell, es werden Jugendliche in diesem Land denunziert und per Polizeieinsatz eingeschüchtert, wenn sie ihre Meinung frei kundtun, diese aber, obwohl in keiner Weise irgendwie strafrechtlich relevant, nicht den Vorstellungen der Regierenden entspricht, so wie das in einem Gymnasium in Mecklenburg-Vorpommern geschah. Die dortige Bildungsministerin von den LINKEN findet die geschehene Vorgehensweise richtig. Dass von den Damen Faeser und Paus, SPD und GRÜNE, mit vorangetriebenem Demokratieförderungsgesetz, dessen Durchsetzung dann Herrn Haldenwang von der CDU-Institution obliegen soll, zielt genau in diese Richtung. Dass es selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestages so verfassungswidrig hält, interessiert sie alle nicht. Wenn die Parteigänger der genannten Personen dann in Durlach „Die Gedanken sind frei“ anstimmen, kann man das nur noch als zynisch nennen. George Orwell lässt grüßen.

Den FDP-Antrag hatten wir eigentlich als erledigt betrachtet. Wenn die FDP dennoch auf Abstimmung bestimmt, werden wir zustimmen, denn nichts ist so gut, als dass es nicht noch besser werden könnte.

Stadträtin Fenrich (pl.): Ich habe noch keine Kinder weinend oder verstörend aus dem Tiefbahnhof herauskommen sehen, und auch Eltern haben sich aus meiner Sicht noch nicht darüber beklagt. Aber haben Sie mal darüber nachgedacht, Herr Braun, ob das, was Sie hier beantragen, vielleicht einen Affront gegenüber Herrn Markus Lüpertz darstellt? Denn Sie hatten vor langer Zeit entschieden, dass Herr Lüpertz diese Grafiken dort anbringen kann. Ich sehe auch keine Gefährdung für Kinder. Ich habe eher den Eindruck, dass die Kinder heutzutage, auch in der Stadt, an manchen Stellen und an manchen Orten und zu manchen Veranstaltungen viel mehr einer Gefährdung ausgesetzt werden, als hier, wenn sie sich diese Werke anschauen. Aber vielleicht ist es für den Herrn Lüpertz auch so, dass er gar nicht das als Affront empfindet, was sehr schön wäre, sondern er sieht Sie bzw. Sie als Vertreter einer Spaßpartei, einer Satirepartei an. Frau Kollegin Lorenz hat mir jetzt auch den Vergleich mit dem Antrag, den Sie seinerzeit gestellt haben, Bierbrunnen anstatt Trinkwasserbrunnen zu installieren, vorweggenommen, sonst hätte ich das gerne auch noch angebracht, habe es jetzt auch soweit gesagt.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Es ist enttäuschend und es ist beschämend, dass man heute über dieses Thema diskutiert in dieser Art und Weise. Ich stelle mich vor unsere Stadtgesellschaft, die einen großen Beitrag dazu geleistet hat, dass diese Kunstwerke haben entstehen können, die mit vielen privaten Mitteln dieses Teil auch finanziert haben. Dafür gilt unsere Achtung und unsere Anerkennung, und mehr gibt es zu diesem Thema nicht mehr zu sagen.

Der Vorsitzende: Ich stelle den Änderungsantrag der FDP zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine Mehrheit.

Damit ist der Antrag von KAL/Die PARTEI geändert. Wir müssen ihn, glaube ich, nicht nochmal zur Abstimmung stellen, den geänderten Antrag, sondern Sie haben dem inhaltlich damit zugestimmt, und damit hat sich das erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. April 2024